

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Mühlwerth, Michalke
und weiterer Bundesräte

betreffend Freihandelsabkommen

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 1 der 828. Sitzung des Bundesrates, EU-Arbeitsprogramm 2014 Bericht des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres (III-518-BR/2014 d.B.)

Seit Mitte des letzten Jahres verhandelt die Europäische Union mit den USA über das Zustandekommen des sogenannten TAFTA-Abkommens (Trans Atlantic Free Trade Agreement), und die Kritik und die Ängste in Bezug auf die zu erwartenden Ergebnisse werden immer lauter.

Es ist zu befürchten, dass das Abkommen vor allem Vorteile für amerikanische Konzerne bringen wird. Weiters besteht die berechtigte Befürchtung, dass der Abschluss dieses Abkommens unter anderem zu einer Aufweichung unserer österreichischen Lebensmittelstandards, unseres Umweltschutzes und unseres Arbeitnehmerschutzes führen wird.

Diese Befürchtungen werden nicht nur von den Oppositionsparteien geteilt, auch SPÖ-Funktionäre haben größte Sorgen geäußert: „*Kurz gesagt, es ist ein massiver Angriff auf alles, was uns wichtig ist*“, kritisierte unter anderem der Vorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter in der Gewerkschaft vida Steinkellner am 19. März 2014 (OTS 086)

Das dargestellte geplante Abkommen zwischen der EU und den USA ist jedoch nicht der einzige Fall eines Freihandelsabkommens, das intransparent und daher mit unabsehbaren Konsequenzen für Europa und seine Bürger verhandelt wurde.

Im Oktober des Vorjahres wurde eine politische Einigung über das sogenannte Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen der Europäischen Union und Kanada erzielt.

Es bedarf nunmehr der Zustimmung von Rat und Europäischem Parlament sowie der Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Das Problem dabei: über die Verschachtelung mehrerer Freihandelsabkommen – in diesem Fall NAFTA und CETA haben ein Großteil der amerikanischen Konzerne eigentlich schon dieselben Rechte, die man sich zwischen EU und USA erst ausverhandeln möchte, sozusagen durch die Hintertüre, weil in den meisten Fällen eine Niederlassung vorhanden ist. Der umgekehrte Weg steht zwar prinzipiell auch offen, doch haben in der Praxis nur wesentlich weniger europäische Unternehmen entsprechende ‚substanzielle Geschäfte‘ in Kanada. Somit besteht die akute Gefahr, daß die aufgrund der TAFTA-Verhandlungen drohenden Nachteile für Österreich mit dem Inkrafttreten des CETA schon schlagend werden.


Aus den dargelegten Gründen und im Interesse der österreichischen Bevölkerung stellen die unterfertigten Bundesräte daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, im Zusammenhang mit bestehenden und allfälligen künftigen Freihandelsabkommen sicherzustellen, daß mögliche Umgehungen Österreichischer oder Europäischer Qualitäts- Umwelt oder Sozialstandards nicht auf dem Umweg über die Kombination mehrerer Freihandelsabkommen wie z.B. NAFTA+CETA eintreten können..“

Wien, den 10.4.2014


Cornelia Hiehalte